

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Wolfgang Neskovic, Sevim Dagdelen, Dr. Dagmar Enkelmann, Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen, Ulrich Maurer, Kersten Naumann und der Fraktion DIE LINKE.

Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.“ prüfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Besorgnis stellt der Deutsche Bundestag fest, dass der Verein „Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ) mit „mehreren hundert Mitgliedern“ (laut Verfassungsschutzbericht 2007, S. 59) und einem bundesweiten Organisationsnetz zur größten und wichtigsten Nachwuchs- und Rekrutierungsorganisation der neofaschistischen Szene in Deutschland geworden ist. Die HDJ hat ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin, ist jedoch über so genannte „Leitstellen“ (Nord, Süd, Mitte und West) in allen Bundesländern aktiv. Formal spaltete sich die HDJ 1990 vom „Bund Heimattreuer Jugend e.V.“ (BHJ) ab, größeren Zulauf erhielt der Verein jedoch 1994, nach dem Verbot gegen der Wiking-Jugend (WJ), in deren Tradition sich die HDJ auch selbst sieht.

In ihrer Selbstdarstellung preist sich die HDJ als „aktive, volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädels und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jahren“ (<http://www.heimattreue-jugend.de/>) an. Ziel der HDJ ist die ideologische Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche im Sinne der Verbreitung völkischer, rassistischer, nationalistischer und NS-verherrlichender Ansichten. Die HDJ begreift sich als entscheidende Instanz zur Heranbildung einer neofaschistischen Elite. Ihre besondere Gefährlichkeit liegt in ihrer Ausrichtung auf Kinder und Jugendliche, die im Rahmen einer neofaschistischen Parallelwelt in Form von Zeltlagern, Ferienfreizeiten und sonstigen Freizeitaktivitäten mit rechtsextremer Ideologie indoktriniert werden. Drill, Abhärtung und soldatische Erziehungsideale prägen den Alltag der HDJ-Aktivitäten und üben damit nachhaltige Wirkung auf Kinder und Jugendliche aus, die zumeist Familien entstammen, die intensive Beziehungen zur neofaschistischen Szene besitzen.

„Mein Glaube ist Kampf“ heißt einer der Leitsätze der HDJ, wie sie im Vereinsmagazin „Funkenflug“ verbreitet werden. Vom „Ideal der soldatischen Erziehung“ und der Aufgabe, „Volksbewusstsein in jedem Einzelnen zu formen“, wird hier gesprochen. In der Sprache des Faschismus heißt es im Funkenflug: „Wenn für dich dein Volk alles ist und du bereit bist, für das, was du liebst, aufzustehen, alles zu wagen und zu kämpfen, dann ist dein Platz bei uns.“ Die HDJ trägt als Jugendorganisation entscheidend zur Verfestigung der extrem rechten Szene bei, bietet sie doch einen wichtigen Anlaufpunkt für rechtsextreme Familien, die so auch im Freizeit- und Jugendbereich umfassende Angebote finden. Der weiteren Etablierung rechtsextremer Parallelwelten wird somit Vorschub geleistet.

Über längere Jahre blieben die Aktivitäten der HDJ den zuständigen Behörden von Polizei und Verfassungsschutz verborgen oder wurden zumindest nicht als berichtenswert erachtet. Erst durch die nachhaltigen Recherchearbeiten von Journalistinnen und Journalisten wurden die Aktivitäten der HDJ

einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Dabei gibt es genug Anlässe, diese Organisation der extremen Rechten genauer in den Blick zu nehmen: Die HDJ sieht sich selbst in der Tradition der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. Über zwei Jahre lang versuchte sie, die Odalsrunen, ein völkisches Symbol für „Blut und Boden“ das sowohl von der Hitler-Jugend (HJ) als auch von der Wiking-Jugend genutzt wurde, für sich zu erstreiten. Der „Bundesführer“ der HDJ, Sebastian Rübiger, war bis zum Verbot der Wiking-Jugend Leiter der „Gau Sachsen“, weitere „Gauführer“ der WJ finden sich heute an führenden Stellen in der HDJ wieder. Darüber hinaus unterhält die HDJ enge Verbindungen zur NPD. So konnten HDJ-Veranstaltungen auf dem Gelände der NPD stattfinden, zahlreiche Funktionäre der NPD schicken ihre Kinder zu den Zeltlagern der HDJ und der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, empfiehlt die „gute Jugendarbeit“ der HDJ. Ganz im Sinne ihres „soldatischen Erziehungsideals“ tritt die HDJ in uniformähnlicher Kleidung auf. Diese Uniformierung wurde der HDJ im Oktober 2007 auf Basis des generellen Uniformverbots im Rahmen des Versammlungsgesetzes verboten. Bis heute hält sich die HDJ nicht an dieses Verbot, wie Recherchen von Journalistinnen und Journalisten belegen. Ihre Verachtung für die Rechtsordnung der Bundesrepublik bringt der „Bundesführer“ Rübiger zum Ausdruck wenn er äußert, man sei vom Verbot nur „mäßig beeindruckt“ und lasse sich nicht „in die stilllose BRDisten-Uniform zwingen (...). Wir entscheiden immer noch selbst, welche Kleidungsstücke wir tragen.“ (vgl. taz, 1.2.2008)

Am 20. Mai 2008 kam es in Berlin, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu Wohnungsdurchsuchungen bei Aktivisten der HDJ aufgrund des „Verdachts der strafbaren Verbreitung rechtsgerichteter Ideologien.“ Ermittelt wird u.a. gegen den „Führer der HDJ-Leitstelle Nord“. Grund für die Ermittlungen ist die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengüter in Form einer „Rassenschulung“ im Rahmen eines HDJ-Lagers im Januar 2008 bei Osnabrück. Auch soll der antisemitische NS-Propagandafilm „Der ewige Jude“ Kindern und Jugendlichen gezeigt worden sein.

II. Die hier angeführten Aktivitäten der HDJ lassen aus Sicht des Deutschen Bundestages ein Verbot gegen die HDJ als dringend notwendig erscheinen. Der Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot gegen die HDJ gegeben sind, ein solches Verbot gegebenenfalls zu erlassen und sofort umzusetzen,
2. das Parlament zeitnah über das Ergebnis dieser Prüfung und die erlassenen Maßnahmen zu unterrichten,
3. alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten der HDJ (z.B. Gemeinnützigkeit) in Absprache mit den Bundesländern zu überprüfen und, wo geboten, einzuschränken,
4. bis zu einem Verbot der HDJ in Absprache mit den zuständigen Landesbehörden das Uniformverbot gegen die HDJ tatsächlich durchzusetzen.

Berlin, den 12. September 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion